

Kuba und die versalzene Suppe

Kritik an der Kubanischen Revolution gibt es von unterschiedlichsten Seiten – doch was läuft noch gut auf der Roten Insel?

Von **Michael Wögerer**



Fredy Thuering / Shutterstock.com

„Immer weiter zum Sieg!“ lautet die Parole in Havannas Straßen

Ein transformatorisches Ereignis wie die Kubanische Revolution ruft unweigerlich auch Gegner auf den Plan. Seit es die Kubaner:innen gewagt haben, sich der imperialistischen Weltmacht USA in die Quere zu stellen, sind sie ein spürbarer Stachel im Fleisch des hegemonialen Denkens, der einigen Köpfen mal mehr oder weniger Schmerzen zufügt.

Die Kritiker und (wenigen) Kritikerinnen des sozialistischen Kubas können dabei grob in zwei Typen unterschieden werden:

Die einen suchen überall ein Haar in der Suppe und die anderen fanden und finden grundsätzlich überhaupt keine Spur von Suppe – oder um metaphorisch zu bleiben: Sie war ihnen immer schon versalzen.

Zweitere Gruppe ist schnell abgehandelt: Die ökonomischen Eliten, ihre bürgerliche Presse und damit verblendete Menschen sehen es nicht gerne, wenn an der bestehenden Ordnung gerüttelt wird. Alternativen zum kapitalistischen System – sind sie noch so klein und regional begrenzt – müssen mit Verve bekämpft und am besten bereits im Keim erstickt werden. Da die Kubanische Revolution nicht nur Auswirkungen auf die Kubaner:innen selbst, sondern Ausstrahlungskraft weit darüber hinaus hatte, wurde sie zur Zielscheibe ökonomischer Sanktionen und eines medialen Störfeuers. Diese beiden Mechanismen wirken seit über 60 Jahren mit bekannten Ergebnissen. Für die Urheber und Unterstützer dieser hybriden Kriegsführung ist Kritik an Kuba nicht dazu da, um möglicherweise Probleme aufzuzeigen und das System zu verbessern.

Sie zielen auf den Sturz des Alternativmodells und die Rückeroberung der Macht der im Jahr 1959 aus Havanna hinausgejagten Eliten. Ihnen ist dabei jedes Mittel recht – ob ihre vorgetragenen Anschuldigungen gegen das kubanische „Regime“ der Wahrheit entsprechen, ist völlig nebensächlich.

Diffiziler ist der Umgang mit jener Gruppe von Kritiker:innen, die sich anfangs durchaus wohlwollend mit dem Weg der Kubanischen Revolution befasst hatten, nun aber meist aus Gründen von (teilweise persönlich erfahrenen) Enttäuschungen der roten Insel den Untergang prophezeien. Sie erkannten früher den emanzipatorischen Charakter des Projekts, sehen nun aber jeden kleinen Rostfleck, der sich im Lauf der Jahre an Kubas Karosserie gezeigt hat, als Indiz für einen Motorschaden. Ihnen bewusste Propaganda zu unterstellen, greift zu kurz. Die Bezeichnung als Fünfte Kolonne im Regime-Change zu fungieren, müssen sie sich aber gefallen lassen.

Auf die Schwierigkeiten Kubas wird andernorts ausführlich eingegangen. Viele davon sind in Folge einer seit über 62 Jahren gegen den Inselstaat verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade und den weltweiten Krisen (und des damit verbundenen Einbruchs im für Kuba ökonomisch wichtigen Tourismus) nicht von der Hand zu weisen. Dem Autor liegt allerdings nichts daran, in die Kassandraruhe miteinzustimmen. Vielmehr soll nach einem kurzen Rückblick auf die bewegte Geschichte der Kubanischen Revolution auf die bestehenden Errungenschaften und aktuellen positiven Entwicklungen eingegangen werden.

„DURO DE MATAR“ – Kuba lässt sich nicht in die Knie zwingen

Der US-amerikanische Actionfilm *Stirb langsam* mit dem unkaputtbaren Polizisten John McClane (Bruce Willis) in der Hauptrolle ist nicht nur Cineasten ein Begriff. Der Plot ist simpel: Ein guter Held kämpft unermüdlich gegen das Böse, erleidet dabei allerlei Schrammen, die ein Normalsterblicher (!) nicht überleben würde, und zum Schluss sind die Terroristen tot. Insofern ist die deutsche Übersetzung des 1988 erstmals erschienenen und mit vier Fortsetzungen prolongierten Klassikers eine grobe Fehlleistung. Denn der Held stirbt nicht, auch nicht langsam. In Lateinamerika ist der legendäre Actionfilm unter dem Titel *Duro de matar* (dt.: *Schwer zu töten*) bekannt, was dem englischsprachigen Original (*Die Hard*) viel eher entspricht.

„Nicht umzubringen“ könnte auch der Titel für die Verfilmung der mittlerweile 70 Jahre andauernden Kubanischen Revolution sein. Lässt man die historischen Ereignisse vor dem geistigen Auge Revue passieren, werden die Parallelen zu *Duro de Matar* offensichtlich – es ist schier unpackbar, dass der Held dieser Geschichte – das sozialistische Kuba – noch auf den Beinen steht – wenn auch zum Teil wackelig:

Kuba 1952/1953: Die karibische Insel leidet unter der Gewalt Herrschaft des 1952 abermals an die Macht geputschten Diktators Fulgencio Batista. Tausende Kubaner:innen werden während seiner Herrschaft auf die grausamste Art und Weise gefoltert und umgebracht, viele verschwinden spurlos. Die Landbevölkerung ist bitterarm. Während wohlhabende US-Amerikaner in Saus und Braus auf Kuba leben, sterben Kinder an Hungersnot und Krankheiten. Die Kubaner:innen haben nichts mehr zu verlieren außer ihre Ketten. Der junge Rechtsanwalt Fidel Castro versucht zunächst auf juristische Weise die Diktatur zu bekämpfen, ändert jedoch bald seine Taktik. Am 26. Juli 1953 versammelt er 129 Männer und Frauen um sich, um die von rund 810 schwer bewaffneten Soldaten besetzte Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba sowie die Kaserne Carlos Manuel de Céspedes in Bayamo anzugreifen. Doch der Versuch endete in einem Desaster. 103 Revolutionär:innen und Revolutionäre werden während des Sturms und danach getötet, viele verwundete Angreifer:innen gefangen genommen, gefoltert und umgebracht, nur einigen Wenigen gelingt die Flucht. In einem Schauprozess wird Fidel Castro zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt – seine Verteidigungsrede „Die Geschichte wird mich freisprechen“ wird zur Anklage gegen das Regime. Nach massiven Protesten aus der ganzen Bevölkerung kommen Fidel und viele seiner Mitstreiter:innen durch eine Generalamnestie nach zwei Jahren wieder frei. Die Bewegung des 26. Juli („Movimiento de 26 Julio“) ist geboren.

Mexiko/Kuba 1956: In der Nacht des 25. November 1956 verlassen der Argentinier Ernesto Ché Guevara, Fidel und sein Bruder Raúl Castro zusammen mit weiteren 82 bewaffneten Kämpfern auf der Yacht *Granma* den Hafen von Mexiko mit dem Ziel Kuba. Unterwegs gerät das Schiff in schwere See, um ein Sinken zu verhindern werden viele Waffen und sonstiges Material über Bord geworfen. Am 2. Dezember 1956 erreichen die Rebellen Kuba bei Playa Las Coloradas. Im ersten Gefecht wird die Mehrzahl der Revolutionäre festgenommen oder getötet. Unter den Überlebenden befinden sich die Castro-Brüder sowie Ché. Die Kämpfer ziehen sich zunächst in die Sierra Maestra zurück. Es folgte ein über 2-jähriger Guerilla-Kampf, dem sich immer weitere Teile der kubanischen Bevölkerung anschließen.

Santa Clara 1958: Die Rebellenarmee unter den Kommandanten Fidel Castro, Camilo Cienfuegos, Ernesto Ché Guevara und Raúl Castro kämpft sich vom Osten der Insel Richtung Westen vor. Diktator Batista schickt einen Zug, der neben 373 Soldaten mit

Waffen, Munition und Proviant für zwei Monate voll beladen war, von Havanna Richtung Osten, um die Wende im Kampf gegen die Revolution zu bringen. Doch am 29. Dezember 1958 wird der gepanzerte Zug („tren blindado“) von Ché Guevara und seiner Truppe in der Stadt Santa Clara gestoppt. Nach dem mehrstündigen Gefecht fallen die Waffen in die Hände der Guerilleros. Zahlreiche Soldaten des Zuges verbrüdernd sich mit den Rebellen. Batistas Stunde hat geschlagen.

Havanna 1959: Auf die Eroberung des tren blindado folgt wenig später auch die Einnahme der Stadt Santa Clara selbst. Nach dieser entscheidenden Schlacht flieht Batista am 1. Jänner 1959 mit Teilen der Staatskasse aus Kuba in die Dominikanische Republik. Am Tag darauf besetzen die Rebellen Havanna und Santiago de Cuba, am 8. Jänner zieht Fidel Castro mit seiner siegreichen Revolutionsarmee unter dem Jubel der Bevölkerung in die Hauptstadt ein.

Playa Girón 1961: Kuba verstaatlicht schrittweise Landwirtschaft und Industrie und enteignet US-Vermögenswerte, was den bisherigen Besitzern nicht gefällt. Die USA verhängen am 13. Oktober 1960 ein Handelsembargo. Am 17. April 1961 scheitert die von Exilkubanern durchgeführte und von der CIA unterstützte Invasion in der Schweinebucht. Tags davor nennt Fidel Castro es eine „Tatsache, dass unsere Revolution eine sozialistische Revolution ist“.

Raketekrise 1962: Die Sowjetunion wird für Kuba zu einem wichtigen Zuckerabnehmer, Kreditgeber und Lieferanten von Öl. Als Folge der Schweinebucht-Invasion und als Reaktion auf die Stationierung von US-Raketen in der Türkei werden von der UdSSR Atomraketen auf Kuba stationiert. Daraufhin droht im Oktober mit der „Kuba-Krise“ eine Eskalation zum Dritten Weltkrieg. Die USA sichern schließlich öffentlich zu, keine weiteren Angriffe auf Kuba vorzubereiten, verschärfen aber die ökonomische Blockade der Insel immer weiter.

Periodo Especial 1990/1991: Mit Unterstützung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), ein Zusammenschluss sozialistischer Staaten unter Führung der Sowjetunion, gelingt Kuba eine prosperierende Entwicklung. In den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wissenschaft kann die Kubanische Revolution seit 1959 große Erfolge erzielen. International anerkannte Indikatoren belegen das bis heute (hohe Alphabetisierungsrate, geringe Kindersterblichkeit, flächendeckende Gesundheitsversorgung...).

Die Auflösung der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten in den Jahren 1990/91 führt allerdings zu einer schweren wirtschaftlichen Krise auf der roten Insel. Es beginnt die *Período especial en tiempo de paz* (Sonderperiode in Friedenszeiten), die maschinelle Landwirtschaft bricht zusammen und es kommt zu Nahrungsmittelknappheit. Darüber hinaus wird die von den USA verhängte Wirtschaftsblockade durch das Torricelli-Gesetz (1992) und das Helms-Burton-Gesetz (1996) weiter verschärft. Die schon 1960 verkündete böse Absicht hinter der US-Politik wird immer klarer sichtbar: „...durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und Not das Wirtschaftsleben schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verwehrt werden, mit dem Ziel, die Nominal- und Reallöhne zu reduzieren, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu bewirken“.

Kommt die USA ihrem Regime-Change immer näher?

„No podrán jamás ponernos de rodillas“ (Sie werden uns nie in die Knie zwingen können!), sagte einst Revolutionsführer Fidel Castro († 25.11. 2016). Egal mit welchen Methoden – ob jüngst mit „soft power“ (Barack Obama) oder „harter Hand“ (Donald Trump) – dem US-Imperialismus ist es seit dem Sieg der Revolution nicht gelungen, den kubanischen Sozialismus zu zerstören. Die Helden – das kubanische Volk – mussten dabei allerdings wie John McClane

in Die Hard viele Schrammen erleiden und es macht sich – besonders unter den jungen Kubaner:innen – auch Zermürbung breit. Viel zu oft wurden die Hoffnungen auf eine bessere, wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten enttäuscht – was nicht zuletzt an der anhaltenden aggressiven US-Blockade liegt.

Damit es nicht ein „stirb langsam“ wird, sondern beim „duro de matar“ bleibt, braucht Kuba solidarische Unterstützung. Vorrangiges Ziel muss es sein, die seit über 62 Jahren gegen den Inselstaat verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu brechen. Kuba-Solidaritätsgruppen, fortschrittliche Organisationen und Medien aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Spanien, Frankreich, Tschechien, Slowenien und weiteren europäischen Ländern rufen deshalb im Vorfeld der nächsten UN-Abstimmung, die am 1./2. November stattfindet, zu einer großen Solidaritätskampagne unter dem Motto „Unblock Cuba“¹ gegen die Blockade auf.

Doch wie die Vergangenheit zeigt, wird weder die weltweite Solidarität progressiver Menschen noch ein – wie in den Vorjahren – deutliches Ergebnis der UNO-Abstimmung² helfen, die Blockade zu Fall zu bringen, damit Kuba wieder Luft zum Atmen bekommt. Hierzu braucht es größere Hilfe und politische Veränderungen im globalen Maßstab. Dass sich die Politik der USA gegenüber Kuba in nächster Zeit maßgeblich ändern wird, ist allerdings wenig wahrscheinlich. Der 46. Präsident der Vereinigten Staaten, Joseph „Joe“ Robinette Biden (80), macht kaum Anstalten die unter seinem Vorgänger und potenziellem Nachfolger, Donald John Trump (77), noch schärfer gestellten Kuba-Sanktionen wieder aufzuweichen – geschweige denn die feindselige und völkerrechtswidrige Politik zu beenden. Doch...

Cuba no está sola (Kuba ist nicht allein)

Wie dem/der aufmerksamen Leser/in der Zeitschrift INTERNACIONAL bestimmt nicht entgangen ist, tut sich in der Welt einiges, was die Dominanz des US-Imperiums ins Wanken bringt – und auch Kuba mischt dabei gehörig mit. Denn so sehr die USA in den vergangenen Jahrzehnten auch versucht; hat die sozialistische Insel politisch und wirtschaftlich zu isolieren, ist dies – zumindest auf der diplomatischen Ebene – niemals gelungen.

So nahm der kubanische Präsident, Miguel Díaz-Canel Bermúdez (63), im Rahmen von Kubas Vorsitz der G77+China-Länder³ als deren Vertreter am 15. BRICS-Gipfel vom 22. bis 24. August 2023 in Südafrika teil und hatte dabei auch bilaterale Treffen u.a. mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping, dem Präsident der Afrikanischen Union, Azali Assoumani, und mit dem indischen Premierminister Narendra Modi, dem er für die von Indien gewährten Darlehen zur Entwicklung erneuerbarer Energien und des Reisanbaus in Kuba dankte. In seiner Rede am 24. August beim Dialog des BRICS-Gipfels betonte Díaz-Canel die Notwendigkeit der Stärkung des Multilateralismus „für das Schicksal der Menschheit“. „Die G77 und die BRICS haben die Möglichkeit, einen historischen Wandel herbeizuführen. Lassen Sie es uns tun!“, so der kubanische Staatschef und Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas am 24.8. im Sandton Convention Centre von Johannesburg.

¹ Mehr zur Kampagne „Unblock Cuba“ unter www.unblock-cuba.org

² Jedes Jahr wird anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York über eine Resolution abgestimmt, welche die Aufhebung der von den USA seit über 62 Jahren gegen den Inselstaat verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade fordert. Seit nunmehr dreißig Jahren wird sie von der überwiegenden Mehrheit angenommen, bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen. Am deutlichsten 2016 mit 191:0, als sich selbst die Obama-Administration nicht gegen die Resolution aussprach. In der Abstimmung vom November 2022 votierten lediglich die USA und Israel dagegen. Wieder wurde die US-Blockade überdeutlich mit 185:2 verurteilt und ihr Ende gefordert.


³ Die Gruppe der 77 und China (G77+China) ist eine der größten und vielfältigsten Staatengruppen von Entwicklungsländern. Ihr gehören 134 Länder, zwei Drittel der Mitglieder der Vereinten Nationen, an, in denen fast 80 Prozent der Weltbevölkerung leben.

Am 15. und 16. September 2023 fand schließlich der jüngste Gipfel der G77+China in Havanna statt. Mehr als 1.300 Vertreter aus 116 Nationen sowie 12 Organisationen der Vereinten Nationen waren der Einladung gefolgt, darunter 31 Staats- und Regierungschefs, 12 Vizepräsidenten und weitere hohe Regierungsvertreter. La Habana war zwei Tage lang die Hauptstadt der Stimmen des Südens. Die politische Erklärung des Gipfels enthält insgesamt 47 Themen und mahnt die Notwendigkeit einer Reform der globalen Finanzstruktur an. Sie lehnt extraterritoriale Gesetze und Vorschriften sowie alle Formen wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen, einschließlich einseitiger Sanktionen gegen Entwicklungsländer ab und fordert deren sofortige Aufhebung. Kuba als Veranstalter erhielt große Unterstützung. Alle Vertreter verurteilten die von den USA gegen die Inselrepublik verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade und lobten das kubanische Beispiel in der wissenschaftlichen Entwicklung trotz dieser Belagerung. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, fand lobende Worte für die Rolle Kubas als Präsident der G77+China und als Gastgeber des Gipfels.⁴

Positiver Ausblick

In diesem Jahr beging das sozialistische Kuba in Erinnerung an die Ereignisse des 26. Juli 1953 den Tag der Nationalen Erhebung, der vor 70 Jahren den Beginn der Revolution markierte. Noch heute sei diese Aktion ein Symbol für die Entschlossenheit, nicht zu kapitulieren, sagte Präsident Miguel Díaz-Canel zu Beginn seines Besuchs in Santiago de Cuba. Er verwies darauf, dass „die aggressive US-Politik“ versuche, die Ziele der Moncada-Rebellen, nämlich die Unabhängigkeit Kubas, gute Bildung, Gesundheit für alle und soziale Gerechtigkeit, zu zerstören. In Bayamo stellte die Erste Sekretärin der KP Kubas in der Provinz Granma, Yanaisi Capó Nápoles, eine Verbindung zwischen dem historischen Ereignis und „den aktuellen Herausforderungen“ her, „denen sich das Land gegenüber sieht“. Fidel Castro habe gezeigt, dass es möglich sei, „Rückschläge in Siege umzuwandeln und erfolgreich Widerstand zu leisten“.

Trotz der weiterhin schwierigen ökonomischen Lage Kubas – als Folge der US-Blockade und weltweiter Krisen – gibt es erste Anzeichen, dass sich die Situation künftig verbessern wird. Im vergangenen Sommer machten erstmals nach der COVID-19-Pandemie wieder chinesische Reisegruppen in Kuba Urlaub, die russische Aeroflot kündigte eine Ausweitung des Flugprogramms von zwei auf drei Flüge pro Woche in den kubanischen Ferienort Varadero an, und das Mariel Container Terminal rechnet für dieses Jahr mit einem Verkehrsaufkommen von rund 300.000 TEU (20-Fuß-Container) – eine Zahl, die in etwa derjenigen entspricht, die vor der Pandemie erreicht wurde. Die neuerliche Wahl des Sozialdemokraten Luiz Inácio Lula da Silva zum Staatspräsidenten Brasiliens und der anhaltende Trend zu Linksregierungen in Lateinamerika geben ebenfalls Hoffnung auf die (Re-)Aktivierung von Kooperationsprojekten mit Havanna. Es geht vorwärts in Kuba, oder wie die dortigen Revolutionäre sagen würden: VENCEREMOS!

Es scheint, dass die Kubaner:innen den „Traum“ von einer kapitalistischen Insel weiterhin gehörig versalzen. 

Michael Wögerer, Präsident der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft (ÖKG).

E-Mail: michael.woegerer@gmail.com

⁴ Eine ausführliche Dokumentation des G77+China-Gipfels in Havanna liefert das deutschsprachige Bulletin Nueva Nicaragua Informe: <https://www.fgbrkuba.de/presse/artikel/20230923-nueva-nicaragua.pdf>